

Der Friedensprozess in Burmas Chin-Staat: Besserer Schutz der Menschenrechte für die Chin?

Rachel Fleming

Wenn über Burma¹ berichtet wird, dominieren der rapide politische Wandel und der Friedensprozess. Die Regierung in Burma hat einzelne bilaterale Waffenstillstände mit 14 der 17 größten bewaffneten ethnischen Gruppen (EAG, Ethnic Armed Groups) unterzeichnet und erarbeitet gerade ein landesweites Waffenstillstandsabkommen mit diesen Gruppen. Diese dominierenden Berichte ignorieren möglicherweise jedoch die strukturelle Gewalt hinter den andauernden Menschenrechtsverletzungen im Land inklusive der Waffenstillstandsregionen.

Hat der gegenwärtige Friedensprozess im Chin-Staat – einer der Waffenstillstandsregionen – nun tatsächlich zu einem besseren Schutz der Chin geführt? Um dieser wichtigen Frage nachzugehen, werden im Folgenden die bilateralen Waffenstillstandsverträge zwischen den EAG, der Chin National Front (CNF) und der Regierung in Bezug auf die Menschenrechtslage analysiert, um daran anschließend die Muster der Menschenrechtsverletzungen zu beschreiben, die zwischen Januar 2012, als der erste Waffenstillstandsvertrag vereinbart wurde, und September 2014 von der Chin Human Rights Organization (CHRO) dokumentiert wurden.



Burma-Initiative

Die dominierende Berichterstattung aufbrechen

Seit sie im März 2011 nach den fragwürdigen und undemokratischen Wahlen von November 2010 an die Macht gekommen ist, ist die quasi-zivile Regierung von Präsident Thein Sein weltweit für die Einführung progressiver, demokratischer Reformen gelobt worden. Zu diesen Reformen gehörten u. a. mindestens 15 Amnestien für politische Gefangene und die Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen mit den meisten EAGs. Dank dieser positiven Entwicklungen konnte das lang isolierte Land seine internationale Stellung als Außenseiter verlassen. Die internationalen Sanktionen gegen Burma wurden gelockert, ausgesetzt oder gar aufgehoben, und die ausländischen Direktinvestitionen sind gestiegen. Die quasi-zivile Regierung konnte die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft zu ihrem Vorteil nutzen, um politische Legitimation zu erlangen. 2014 übernahm Burma auf dem internationalen Schauplatz Autoritäts- und Führungspositionen, unter anderem als Vorsitz des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN, Association of Southeast Asian Nations). Besonders für den Friedensprozess in Burma hat Präsident Thein Sein zahlreiche Auszeichnungen erhalten, wie etwa die Nominierung für den Friedensnobelpreis und den »In Pursuit of Peace Award« der International Crisis Group im Jahr 2013. Diese Entwicklungen sind bewusst genutzt worden, um das dominierende Bild des außenpolitischen Erfolges in Burma sorgfältig zu gestalten.

In den letzten Monaten jedoch monierte Aung San Suu Kyi, Friedensnobelpreisträgerin und Vorsitzende der Oppositionspartei National League for Democracy (NLD), dass die Reformbemühungen in den letzten zwei Jahren »ins Stocken gekommen« seien. Ihre Mahnung spiegelt die Analyse der UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in Burma, Yanghee Lee, wider, welche sich bereits zuvor über »Zeichen des Rückschritts« besorgt gezeigt hatte. Fortwährende bewaffnete Zusammenstöße, sowohl in den Waffenstillstandsregionen als auch in anderen Gebieten, zwangen die Zivilbevölkerung der Kachin, Shan und Karen zur Flucht. Bis jetzt sind solche Entwicklungen meist von den Konfliktparteien beiseitegeschoben worden, die stattdessen die Bemühungen um die Verhandlungen und Ratifizierung eines landesweiten Waffenstillstandsabkommens (welches

voraussichtlich weniger die bilateralen Einigungen ersetzen, als dass es sich vielmehr auf diese stützen wird) sowie die Schaffung eines Rahmens für den politischen Dialog in den Vordergrund gestellt haben.

Die Verhandlungen im September 2014 endeten jedoch in einer Sackgasse, und auch künftige Verhandlungen stehen auf wackligen Beinen, nachdem bei einem Artillerieangriff der staatlichen Armee auf ein Trainingscamp der Kachin Independence Army (KIA) am 19. November 23 Auszubildende vier verschiedener, mit der KIA alliierter EAGs getötet wurden, darunter zwei Unteroffiziere der CNF. Dieser Angriff wurde allgemein stark kritisiert und stellt nun ein beachtliches Hindernis im Friedensprozess dar.² Trotzdem bleiben die verschiedenen bilateralen Waffenstillstandsabkommen in Kraft.

Der Chin-Staat im Kontext

Die Bevölkerung des Chin-Staates – dessen Mehrheit ethnisch den Chin angehört, gehört nach offiziellen Zahlen zu den ärmsten Burmas – und dies mit großem Abstand. Die meisten Menschen sind Subsistenzbauern; laut UN-Statistiken leben 73 Prozent der BewohnerInnen des Chin-Staates unterhalb der Armutsgrenze, während der landesweite Durchschnitt bei 25 Prozent liegt.³ Die Chin erfahren zahlreiche sich überlagernde Formen staatlich sanktionierter Diskriminierung: aufgrund ihrer Ethnie (Chin), ihrer Religion (mehrheitlich christlich), ihrer Sprache (für die meisten Chin ist Burmesisch lediglich Zweit- oder Drittsprache) und ihres sozioökonomischen Status (als Ärmste Burmas). In den letzten 20 Jahren manifestierte sich diese staatlich sanktionierte Diskriminierung als ein sich wiederholendes Muster tiefgreifender Menschenrechtsverletzungen, die durch staatliche Akteure gegen die Chin ausgeübt werden, was wiederum als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden könnte.⁴ Während der Militärdiktatur, noch bevor Präsident Thein Seins nominelle Zivilregierung im März 2011 an die Macht kam, zählten Zwangsarbeit (u. a. Trägerarbeiten für Burmas Armee) und Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit zu den am häufigsten dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gegen die Chin durch staatliche Akteure.⁵

Die CNF, die im März 1988 gegründet wurde, unterschrieb ihr erstes vorläufiges Waffenstill-



standsabkommen mit der Regierung im Januar 2012. Die darauf folgenden Waffenstillstandsabkommen, die von beiden Parteien unterschrieben wurden, gehören zu den umfassendsten aller bisherigen bilateralen Abkommen und beinhalten über 50 Vereinbarungen. Zu diesen gehören die Wahrung der Menschenrechte sowie ein Überwachungsmechanismus des Waffenstillstandes, der zu den detailliertesten aller bisherigen bilateralen Abkommen gehört.

Das Waffenstillstandsabkommen zwischen der Chin National Front und der Regierung

Neben dem Übereinkommen zur Beilegung der beidseitigen bewaffneten Auseinandersetzungen konzentriert sich das 9-Punkte-Abkommen zwischen der CNF und der Regionalregierung des Chin-Staates vom Januar 2012 vor allem auf militärische Fragen, wie etwa die Standorte der Verbindungsbüros und Militärstützpunkte des bewaffneten Flügels der CNF, der Chin National Army (CNA), sowie die Bewegungsfreiheit für unbewaffnete Mitglieder der CNF/CNA. Das Januar-Abkommen wurde formell durch Mitglieder des Chin Peace and Tranquility Committee (CPTC) bezeugt; das Komitee besteht aus einer Gruppe von Chin-Pastoren, die seit Mitte der Neunziger Jahre eine entscheidende Rolle als Vermittler zwischen der

CNF und den Regierungskräften spielen. Zu dieser Zeit ging das Militärregime in ihrem Kampf gegen die Guerilla-Taktik der CNF mit harten Vergeltungsschlägen gegen Chin-ZivilistInnen vor.

Das 15-Punkte-Abkommen vom Mai 2012 wiederum vertieft die vereinbarten Bedingungen in militärischen Fragen wie z.B. Truppenbewegungen und beinhaltet auch Bestimmungen zur Wahrung der Menschenrechte. So hält Punkt 13 fest: »Die Parteien stimmen darüber überein, zusammen zu gewährleisten, dass Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte bedingungslos und gebührend sowie im Einklang mit dem Gesetz bestraft werden, sowie dass künftig keine der Parteien während des Waffenstillstandes die verfassungsrechtlichen Menschenrechte verletzt.« Diese Bestimmung verbietet nicht nur beiden Parteien die Verletzung der Menschenrechte, sie kann auch so interpretiert werden, dass sie garantiert, dass Menschenrechtsverletzungen nicht ungeahndet bleiben, zumindest im Zeitraum zwischen Vertragsabschluss und dem Ende des Waffenstillstandes.

Punkt 14 des Mai-Abkommens hält die Gründung eines *Ceasefire Monitoring Body* (Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes) fest, das aus Mitgliedern des CPTC und »anderen Rechtsexperten« bestehen soll. Der *Ceasefire Monitoring Body* steht nun in der Pflicht, jegliche Verletzung der Vertragsbestimmungen durch eine

Typische Landstraße im Chin-Staat während der Regenzeit
© Chin Human Rights Organization

der genannten Parteien (die Unionsregierung, die Regierung des Chin-Staates, die Armee Burmas, die Polizeikräfte, die CNF/CNA) einer Krisenvermittlungsguppe (dem *Crisis Mediation Body*) zu melden. Diese Gruppe soll ad hoc bei konkreten Vorfällen aus wichtigen VertreterInnen der Armee und der CNF/CNA gebildet werden. Dies beinhaltet folglich auch Versäumnisse gegen Punkt 13, bezüglich der grundlegenden Menschenrechte. Die Punkte 13 und 14 könnten also theoretisch für die Chin besseren Schutz der Menschenrechte gemäß dem Waffenstillstandsvertrag bedeuten.⁶

Die 28-Punkte-Vereinbarung von Dezember 2012 bezieht sich auf einen drei-Schritte-Friedensprozess, der über das Ende der bewaffneten Angriffe hinweg, zu einem landesweiten politischen Dialog sowie zu einem »Unionsabkommen« zwischen Burmas Regierung und allen ethnischen Nationalitäten führen soll. Zahlreiche Bestimmungen dieses Abkommens beziehen sich auf den Schutz der Menschenrechte, u. a. Punkt 23, der die Religions- und Glaubensfreiheit im Chin-Staat garantiert. Hier werden insbesondere das Recht, Land zu religiösen Zwecken zu besitzen, Kirchen und andere Kultstätten zu bauen sowie das Recht auf Missionstätigkeit ausdrücklich betont⁷ – alles Rechte, die über viele Jahre hinweg regelmäßig verletzt wurden.

Muster der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen im Chin-Staat

Eine Analyse der Menschenrechte zeigt folglich, dass die Waffenstillstandsabkommen der CNF tatsächlich den Schutz der Menschenrechte und auch Überwachungsmechanismen anbieten. Doch die eigentliche Prüfung der Wirksamkeit dieser Abkommen zeigt sich in der konkreten Menschenrechtslage vor Ort, im Chin-Staat.

Die Infrastruktur in der Region ist mangelhaft und die wenigen gepflasterten Straßen machen sie schwer erreichbar. Viele Dörfer im Chin-Staat sind nur zu Fuß über ein Netzwerk kleiner Wege erreichbar, so dass es bis zu drei, vier Tage dauern kann, um einen Ort zu erreichen. Das hat zur Folge, dass viele Menschenrechtsverletzungen erst Tage oder gar Wochen später dokumentiert werden können – wenn überhaupt.

Dazu kommt, dass der Chin-Staat mit 54 Militärstützpunkten der staatlichen Armee sehr stark

militarisiert ist. Im Chin-Kontext sind die andauernden Verletzungen der Menschenrechte, die strafflos begangen werden, vielmehr mit der Militarisierung und der konstanten Präsenz des Militärs verbunden, als mit dem aktuellen Konflikt. Seit November 2010 hat es keine bewaffneten Zusammenstöße mehr zwischen der CNF und der staatlichen Armee gegeben.

Menschenrechtsverletzungen durch Staatsakteure

Ein positiver Trend, der sich in der Infotabelle auf der folgenden Seite abzeichnet, ist, dass die Anzahl der festgestellten Zwangsarbeitsvorfälle im Rückgang ist; dies ist zum Teil den Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, International Labour Organization) zu verdanken, die die Regierung bei der Zielsetzung unterstützt, bis 2015 jegliche Formen der Zwangsarbeit zu beseitigen.⁸

Dennoch kommt es weiterhin häufig zu Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit, die sich mit anderen Menschenrechtsverletzungen überschneiden. So drohten Beamte der lokalen Behörden im Oktober 2013 damit, ein Dorf im abgelegenen südlichen Teil des Chin-Staates niederzubrennen, sollten deren EinwohnerInnen weiterhin zu christlichen Feierlichkeiten zusammenkommen.¹⁰

Während des Waffenstillstandes musste die CHRO auch weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen feststellen, wie z. B. außergerichtliche Hinrichtungen und sexuelle Gewalt, besonders in abgelegenen Regionen. Gerade die Fälle sexueller Gewalt zeigen die gleiche Häufigkeit und ein ähnliches Muster wie die von der CHRO dokumentierten Vorkommnisse aus der Zeit vor dem Waffenstillstand; sie sind äußerst gewaltsam und scheinbar strafflos von Soldaten der staatlichen Armee verübt worden.

Die Infotabelle zeigt ferner, dass Folter und Misshandlungen, sowie willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen zu den am häufigsten von CHRO dokumentierten Formen von Menschenrechtsverletzungen während des Waffenstillstands gehören; tatsächlich ist die Zahl der dokumentierten Vorfälle seit 2014 gestiegen.

Im August haben bewaffnete Mitglieder der CNF ohne Einladung einem örtlichen Erntefest in der Paletwa-Gemeinde, einer abgelegenen Gegend im Süden des Chin-Staates, beigewohnt. Darauf-

Art der Menschenrechtsverletzung	2012	2013	2014 * bis Ende September 2014	Gesamt
Erpressung/willkürliche Besteuerung	24	18	7	49
Religions-/Glaubensfreiheit	9	10	4	23
Folter/Misshandlungen	6	3	9	18
Willkürliche Festnahmen/Inhaftierungen	0	0	18	18
Zwangsarbeit	9	4	0	13
Diskriminierung	3	6	0	9
Beschlagnahmung von Land	3	1	4	8
Meinungs- und/oder Versammlungsfreiheit	1	1	3	5
Sexuelle Gewalt	2	1	1	4
Zwangsumsiedlungen	2	2	0	4
Enteignung oder Zerstörung von Nahrungsmitteln/Land	1	0	1	2
Drohungen/Einschüchterungen	0	0	2	2
Außergerichtliche Hinrichtungen	1	0	0	1
Bewegungsfreiheit	0	1	0	1
Summe pro Jahr	61	47	49	157

Infotabelle: Dokumentation von CHRO seit der Unterzeichnung des vorläufigen Waffenstillstandes zwischen CNF und Regierung im Januar 2012⁹, geordnet nach Häufigkeit.

hin wurden acht Chin-Bauern, unter dem Vorwurf, Unterstützer der CNF/CNA zu sein, festgenommen und über eine Woche lang vom Befehlshaber des Leichten Infanteriebataillon 344, Major Tin Htut Oo, festgehalten. Während der Inhaftierung wurden sieben der Bauern misshandelt (bis zur Folter ausufernd). Sie wurden zeitweise gefesselt, getreten und geschlagen, und ihnen wurden Lebensmittel verweigert. Die Männer wurden gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie gestanden, Kontakt zur CNF/CNA gehabt zu haben und zustimmten, dies nicht zu wiederholen. Die Männer wurden daraufhin freigelassen, flüchteten aus ihren Dörfern und schrieben an den Ministerpräsidenten des Chin-Staates Hung Ngai einen Beschwerdebrief, in dem sie ihre Misshandlung durch die Soldaten beschrieben. Bei einer Pressekonferenz in Rangun bezichtigte einer der Bauern die Soldaten gar der Folter. Die Männer konnten später von den Soldaten des Leichten Infanteriebataillon 344 überredet werden, in ihre Dörfer zurück zu kehren, mit dem Versprechen, sie würden Wiedergutmachungen erhalten. Doch bei der Ankunft im Dorf wurden sie erneut festgenommen, und gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie die Vorwürfe der Folter zurücknahmen. Nachdem sie eine Zeitlang im Untergrund leben mussten, konnten sie mittlerweile in ihre Heimat

zurückkehren, von wo aus sie ihre Bemühungen um Gerechtigkeit weiterführen. Die Täter wurden mittlerweile aus der Region abberufen und verlegt; es bleibt jedoch unklar, ob gegen sie Anklage oder disziplinarische Maßnahmen erhoben wurden.

Dieser Überblick der CHRO-Dokumentation der Menschenrechtsverletzung seit dem ersten Waffenstillstandsabkommen zwischen CNF und Regierung im Januar 2012 zeigt, dass der Friedensprozess im Chin-Staat bis jetzt nicht wirklich zum besseren Schutz der Menschenrechte für die Chin-Bevölkerung geführt hat.

Wieso greifen die im Waffenstillstandsabkommen beschlossenen Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte nicht? _____

Trotz der offensichtlichen Bemühungen im Zuge des Friedensprozesses, die Menschenrechte der Chin zu wahren, greifen die Maßnahmen nicht. Eine Erklärung liegt zum Teil in der eigentlichen Schwäche der beschlossenen Waffenstillstandsvereinbarungen. Der Mangel an effektivem Schutz der Menschenrechte seit Beginn des Friedensprozesses im Chin-Staat muss aber im breiteren Kontext des unzureichenden Reformprozesses in Burma verstanden werden.

Die Notwendigkeit eines stabilen Überwachungsmechanismus

Die Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes (*Ceasefire Monitoring Body*) des CPTC hat erst vor kurzem die nötigen technischen und finanziellen Mittel erhalten, um ihrer Überwachungsrolle gerecht zu werden, und dass, obwohl seit ihrer Mandatsübernahme mittlerweile zwei Jahre vergangen sind. Das CPTC hat erste Untersuchungen zu den Vorfällen in Paletwa eingeleitet und festgestellt, dass die Vertragsbedingungen gebrochen wurden. Soldaten der CNF waren außerhalb ihrer zugewiesenen Bereiche bewaffnet unterwegs gewesen und die staatliche Armee hat Menschenrechtsverletzungen gegen Chin-ZivilistInnen begangen. Das CPTC hat seine Ergebnisse an die entscheidenden VertreterInnen der Armee und der CNF/CNA weitergegeben und wartet zurzeit auf die offizielle Ernennung des *Crisis Mediation Body*, also der Vermittlungsgruppe, und deren Antwort auf die Geschehnisse.

Diese Bemühungen des CPTC, das auch unter widrigen Umständen seiner Arbeit nachgeht, müssen gelobt und unterstützt werden. Jedoch gilt zu bemerken, dass dieser ad hoc *Crisis Mediation Body* hauptsächlich aus VertreterInnen der Konfliktparteien besteht, ohne dass internationale oder unabhängige VermittlerInnen beteiligt sind, was ein großes Manko in den Bestimmungen darstellt. Das wirft nun schwierige Fragen ob der Fähigkeit des *Crisis Mediation Body* auf, mit den Anschuldigungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen umzugehen beziehungsweise den Opfern der Menschenrechtsverletzungen, wie etwa den Chin-Bauern aus Paletwa, Gerechtigkeit und Wiedergutmachungen zu bieten.

Sowohl im Chin-Kontext wie auch im breiteren, landesweiten Kontext müssen solche Komitees oder ähnliche Kommissionen, die Teil der Überwachungsmechanismen sind, anders als der *Crisis Mediation Body*, unabhängig von den betroffenen Konfliktparteien sein. Zusätzlich müssen die Waffenstillstandsabkommen nicht nur den Schutz der Menschenrechte beinhalten, sie müssen auch klare und effektive Maßnahmen im Falle von Vertragsbrüchen anbieten, die im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsmaßstäben sind.

Die Notwendigkeit institutionalisierter Reformen in Burma

Zusätzlich gibt es zahlreiche wesentliche Probleme, die noch gar nicht im Rahmen des Reformprozesses in Burma angesprochen worden sind. Als der frühere UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Burma, Tomás Ojea Quintana, 2008 sein Mandat aufnahm, betonte er vier zentrale Menschenrechtselemente, die unabdingbar seien auf Burmas Weg zur Demokratie: (1) Reformen der nationalen Gesetzgebung gemäß den internationalen Verpflichtungen; (2) Freilassung der politischen Gefangenen; (3) Reform der Streitkräfte im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte; und (4) Reform der Justiz, um Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu garantieren.¹¹

In seinem abschließenden Bericht an den UN-Menschenrechtsrat vom März 2014 stellte Quintana fest, dass der größte Fortschritt in Bezug auf die Freilassung politischer Gefangener gemacht worden war. Jedoch bemerkte er weiter, dass von 16 Gesetzen, die als verbesserungswürdig eingestuft worden waren, nur ein einziges aufgehoben wurde. Außerdem sind neue Gesetze, wie z.B. das Recht auf friedvolle Versammlung von 2011, benutzt worden, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu kriminalisieren. In Bezug auf die Reformen der Justizbehörden konnte Quintana nur wenige Fortschritte erkennen, und riet der Regierung Burmas eindringlich, sich internationale technische Unterstützung zu organisieren, um eine unabhängige und unparteiliche Justiz gemäß den internationalen Standards und Prinzipien zu etablieren. Laut Quintana »kann noch keine Rede von Rechtsstaatlichkeit in Myanmar [Burma] sein.«

In Bezug auf die Reformen der Streitkräfte stellte Quintana fest, dass »Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des Völkerrechts dort weiterhin stattfinden, wo militärische Einsätze laufen, und kein Fortschritt in der Bekämpfung von Straflosigkeit, von der die Streitkräfte gegenwärtig profitieren, zu erkennen ist.« Quintana schlug ferner Änderungen der Verfassung Burmas aus dem Jahr 2008 vor, um das Militär unter zivile Aufsicht stellen zu können.¹²

Burmas Friedensprozess kann nicht einfach von diesen wesentlichen Schlüsselfragen getrennt werden, auch soll er nicht isoliert betrachtet werden. Um besseren Schutz der Menschenrechte, und auch dauerhaften Frieden für die Menschen



im Chin-Staat sowie in ganz Burma zu garantieren, müssen einerseits die Waffenstillstandsabkommen gestärkt, und andererseits substantielle Reformen in Burma vertieft und institutionalisiert werden.

Mit den Worten der Menschenrechtsaktivistin Thang Zing, die erst vor kurzem wegen »gesetzwidrigem« Protest gegen die Praxis der Straflosigkeit bei sexueller Gewalt verurteilt wurde: »Es gibt keine Rechtsstaatlichkeit und keine menschliche Sicherheit für unser Volk.«¹³

Anmerkungen

- 1 Obwohl der Name des Landes 1989 durch das Militärregime – ohne öffentliche Konsultation – offiziell in »Myanmar« umbenannt wurde, empfinden viele der ethnischen Minderheiten diese Änderung als ein weiteres Beispiel der sogenannten »Burmanisierung«. »Burma« ist weiterhin der bevorzugte Landesname für viele ethnische Minderheiten, da er als inklusiver wahrgenommen wird.
- 2 Vgl. *Attack on KIA a Setback for Nationwide Ceasefire, Negotiators Say*, 27. November 2014, Irrawaddy News.
- 3 Vgl. *Poverty Profile – Integrated Household Living Conditions Survey in Myanmar*, UNDP, Juni 2011. Der Arakan/Rakhine-Staat ist der zweitärmste; hier leben 44 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.
- 4 Ein Bericht der Physicians for Human Rights von 2011, der auf umfangreichen quantitative Umfragen von Chin-Haushalten beruht, welche nach ihren Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen zwischen 2009 und 2010 befragt wurden, stellt fest, dass fast 92 Prozent der Befragten durchschnittlich drei Mal Opfer von Zwangsarbeit innerhalb dieses Zeitraumes geworden sind.
- 5 Vgl. *Individual Submission to the UN Universal Periodic Review*, CHRO, Juli 2010.
- 6 Vgl. *Text of CNF-Govt Agreement (Unofficial Translation by CG)*, 17. Mai 2012, Chinland Guardian.
- 7 Vgl. *Unofficial translation of CNF-Govt Agreements at Union-level peace talks*, 10. Dezember 2012, Chinland Guardian.
- 8 Vgl. *Burma to stamp out forced labour ›by 2015*, 19. März 2012, Democratic Voice of Burma.
- 9 Die Zahlen in dieser Tabelle beziehen sich auf einzelne, von CHRO dokumentierte Fälle, wie z. B. die willkürliche Verhaftung von 18 Menschen im Jahr 2014. Bezüglich Religions- und Glaubensfreiheit werden einige Grundsatzentscheidungen, die eine größere Zahl an Menschen betreffen, als einzelner Vorfall berechnet. Alle Daten sind der zweimonatlich erscheinenden Publikation der CHRO, Rhododendron News, entnommen.
- 10 Vgl. Rhododendron News, September – October 2013, CHRO.
- 11 vgl. *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Myanmar*, 5 September 2008, ref. A/63/341.
- 12 Vgl. *Final report by the Special Rapporteur on the situation of human rights in Myanmar to the United Nations Human Rights Council*, 12 March 2014, ref. A/HRC/25/64.
- 13 Vgl. *Govt urged to drop charges against Chin activists*, 18. Juli 2014, Chinland Guardian.

Chin-Frauen demonstrieren mit dem Banner »Stoppt die brutale Vergewaltigung von Frauen« <die Stimme des Volkes>
© Chin Human Rights Organization



Impressum

© Köln, Februar 2015

Über die Autorin:

Rachel Fleming arbeitet seit 2010 als Advocacy Director der Chin Human Rights Organization (CHRO). Sie bereist den Chin-Staat (Burma), Delhi und Mizoram (Indien) und Malaysia um die Situation der Chin besser verstehen und analysieren zu können. Sie ist Autorin von »Threats to Our Existence«: Persecution of Ethnic Chin Christians in Burma«, einem 160-seitigen Bericht über Glaubensfreiheit, herausgegeben von CHRO im September 2012.

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Redaktion:

Christina Grein
Theresa Hanske

Übersetzung:

Sandy Artuso

Subsistenzbauernhöfe entlang des Flusses
Kaladan in der Paletwa-Gemeinde; im Hintergrund,
ein Militärstützpunkt auf konfisziertem Land
© Chin Human Rights Organization

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Kontakt:

Burma-Initiative
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-716121-25
<www.asienhaus.de>
<christina.grein@asienhaus.de>

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

und von

MISEREOR
IHR HILFSWERK